

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für die Fernsprechkarte Amt Dönhoff—3600, Preis 20 Pf. in Adm. 1662. Ullsteinhaus, Berlin, Postfach-Konto: Berlin 600, Wochentlich 1 Mark, Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Bestellgeld.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeiger-Preis: vom 1. März 1931 bis 31. März 1932: Familien-Anzeiger: vom 1. März 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anw. 10 Pf.] • Nr 603

MITTWOCH, 23. DEZEMBER 1931

MORGEN-AUSGABE

Kampf um „Zatschen“

Schwerer Konflikt zwischen Layton und Rist

Die Sachverständigen der Bafeler Konferenz haben in den letzten Nachmittags- und Abendstunden einen teilweise beinahe dramatischen Verlauf genommen, der noch einmal mit aller Deutlichkeit die ganze Schärfe der bestehenden und nicht zu überbrückenden Gegensätze erkennen lassen ließ. Nachdem die Delegierten sich darüber klar geworden waren, daß nicht möglich ist, eine gemeinsame Regierungsanforderung mehr als einen reinen Zatschenbericht vorzulegen, hoffte man die Resolution des abschließenden Zatschenberichtes ohne allzu große Schwierigkeiten schnell zu Ende führen zu können.

Nachdem die vertrauliche Besprechung des Gendarmenkommissäres gestern morgen den ihr von dem Reaktionskomitee unterbreiteten Abkündigungsbericht des Zatschenberichtes, der sich mit dem Reichshaushalt, der Lage der Reichsbank, der deutschen Zahlungsabläufe, den deutschen Schulden und Guthaben im Ausland beschäftigt, nach längerer Diskussion genehmigt hatte, trat das Reaktionskomitee nachmittags um 4 Uhr zur Formulierung des mittelfristigen Abkündigungs II über die Ursachen der deutschen Krise zusammen. Hier ist es nun zu einem ernsthaften Zusammenstoß zwischen denjenigen Mitgliedern des Komitees, die den laienhaften Zusammenhang der Reparationen und der deutschen Wirtschaftskrise in den Gutachten aufnehmen wollten, und dem Franzosen Rist gekommen, der eine derartige Formulierung ablehnte und in dem Bericht zum Ausdruck bringen wollte, daß vorwiegend andere Faktoren die deutsche Krise ausgelöst haben.

Die sehr erregte Debatte wurde um 6 Uhr abgeschlossen, um den einzelnen Delegierten Gelegenheit zur Einholung von Informationen und zur Beschaffung neuer dokumentarischer Materials zu geben. In einer privaten Besprechung zwischen Layton und Rist wurde versucht, zu einem Ausgleich der Gegensätze zu gelangen.

Um 7.30 Uhr wurden dann die Verhandlungen wieder aufgenommen. Man hoffte in den späten Abendstunden so weit zu sein, dem Plenum des Ausschusses die inzwischen gefasste Formulierung der Ursachen der deutschen Krise zur Annahme in einer Resolution vorlegen zu können. Gegen 10 Uhr wurde jedoch die beabsichtigte Resolution abgelehnt, da es nicht möglich gewesen war, zu einer Einigung zu gelangen.

Die in Paris über den Verlauf der getrigen Bafeler Verhandlungen vorliegenden Berichte wiesen Einzelheiten der unerbört scharfen Auseinandersetzungen zu meiden. Ein Herr Walter Layton, der namentlich von den schweidischen und holländischen Experten unterstützt wurde — bei wohlwollender Neutralität des amerikanischen Walter Stenard — forderte noch einmal den völligen Erlaß der Zahlungen aus

dem Young-Plan, weil anders die in Deutschland eingefrorenen Privatverträge nicht aufgelöst werden könnten. Der französische Delegierte Rist und mit ihm der Belgier Franzoni und der Schweizer Jungblut waren gegen die Forderung der „nordischen Gruppe“ ein entschiedenes Nein entgegen und erklärten, daß sie ein Gutachten, das eine derartige Forderung enthalte, nicht unterzeichnen würden.

Die Entschädigung soll dann durch ein Telefongespräch mit Paris gefaßt sein. Ein Frederic Zeitling, der Unterstaatssekretär des britischen Schatzamtes, der sich in den letzten Tagen zu den Vorberathungen über die Reparationsanforderung der Regierungen in Paris aufstellte, wurde in Bewegung gesetzt, um den Streit in Paris beizulegen. Er setzte sich mit Sir Walter Layton telefonisch in Verbindung, und auf seine Einwirkung hin soll Layton dann seine Haltung geändert haben.

Layton machte noch einen letzten Versuch, die Priorität der privaten Schulden durchzuführen. Er schlug vor, die Verhandlungen bis nach Weihnachten zu verschieben, um die noch schwebenden Delegierten, insbesondere wohl den Vertreter des britischen Reiches für seine Absicht zu gewinnen. Aber auch dieser letzte Versuch scheiterte, da sich die Mehrheit der Sachverständigen dafür entschied, noch vor Weihnachten den Schlußbericht fertigzustellen.

Die in Paris erscheinende Ausgabe des „Newport Herald“ nennt das Ergebnis einer „französischen Sieg“, und die französischen Blätter zeigen sich dann auch mit dem Resultat der Bafeler Konferenz, soweit es bisher bekannt ist, recht zufrieden.

*

Der neue Bafeler Konflikt ist durch das Bestehen des französischen Delegierten Professor Rist herbeigeführt worden, den Zatschenbericht des Ausschusses so zu gestalten, daß er für die kommende Regierungsanforderung eine Stützung des französischen Standpunktes bilden kann. Wenn nämlich als „Zatsche“ festgelegt wird, daß die Ursachen der deutschen Krise nicht mit der Forderung durch die Reparationen zu tun haben, so ist eine beratende „Einschätzung“ für den französischen Reparationsstandpunkt beinahe soviel wert, wie eine Empfehlung des Ausschusses, die den französischen Wünschen Rechnung trüge. Unter diesen Umständen darf man die Bedeutung des getrigen Konfliktes nicht unterschätzen. Sollte wirklich — was allerdings noch keineswegs feststeht — die von Professor Rist vorgelegene Formulierung durchdringen, so würde für die deutsche Delegation in Bafel die ernste Frage aufstehen, ob sie einen „Zatschenbericht“, der in dieser Weise an den mittelfristigen Zatschen vorbeigeht, durch ihre Unterschrift sanktionieren könnte.

Der ungarische Transfer-Ausschub erklärt

BUDAPEST, 22. DEZEMBER

Die ungarische Regierung hat, wie erwartet und bereits mehrfach angekündigt wurde, heute formell ein Transfer-Memorandum erklärt und festgestellt, daß sie in den nächsten zwölf Monaten — von gewissen Ausnahmen abgesehen — die fälligen Zahlungen aus dem Auslandsverpflichtungen Ungarns nicht in fremden Zahlungsvorgängen tilgen werde, sondern ausschließlich in Pfennig, die in einem besonderen Fonds gesammelt werden.

Was Paris davon befürchtet

PARIS, 22. DEZEMBER

Die ungarische Finanzkrise und die Erklärung des Teilmemorandum haben in Frankreich Interesse und Besorgnis hervorgerufen. In der Finanzpresse interessiert man sich natürlich vornehmlich dafür, wie weit dieses Memorandum ausgeht und was es für Folgen mit sich bringen wird. Es scheint jetzt festzuhalten, daß Ungarn die Staatsanleihen, insbesondere den durch Veranlassung der A. J. J. kürzlich aufgenommenen Kredit, wieder vergären wird. In Wirklichkeit — meint der „Temps“ — würde es sich nur um die offizielle Festlegung eines schon bestehenden Zustandes handeln, denn die bereits vorhandene Devisenkontrolle bedeutet eine strenge Begrenzung des Transfers.

In politischen Kreisen nimmt man aber die eventuellen Rückwirkungen der ungarischen Finanzkrise sehr ernst. Ungarn — schreibt der „Temps“ — wird auf der Seite jeder Macht sein, die den Weg einer Weltkrisis herbeiführt. Die ungarische Lage stellt natürliche Grenzen gesetzt hat. Darum erklärt sich die Annäherung Ungarns an Italien. Dazu kam die Frage, ob zwischen Budapest und Warschau Aussicht auf Annäherung bestünde. Zur Zeit sehe es so aus, als ob es bestenfalls zu einer gewissen Entspannung zwischen den beiden Ländern komme. Ungarn würde jedenfalls auf jede gute Gelegenheit.

Dawes führt U.S.A.-Delegation

WASHINGTON, 22. DEZEMBER

Präsident Hoover hat heute den Posthalter General Dawes zum Führer der amerikanischen Delegation für die Generalkonferenz ernannt, nachdem der ehemalige Posthalter Fielder die Übernahme der Delegationsaufgabe abgelehnt hatte. Der amerikanischen Delegation wird außer Posthalter Wilson, der America lange Jahre in der vorbereitenden Arbeitskonferenz vertreten hat, auch ein Vertreter der amerikanischen Frauenorganisationen angehören. Der Name dieser Delegierten wird noch bekannt gegeben werden.

Siehe auch vierte Seite

Preussens Notverordnung

Von DR. HERBERT WEICHMANN

Als der letzte preussische Finanzminister Klepper am 9. November dieses Jahres sein Amt antrat, fand er in dem Staatshaushalt ein Defizit von schätzungsweise 515 Millionen Mark vor. In dieser Summe finden zwar 121 Millionen Mark vorgetragenem Erlaß aus dem Jahre 1930. Doch bleibt auch nach dem Abzug dieser Summe noch der Betrag von 394 Millionen Mark zu decken. Ein sehr ansehnlicher Betrag, um so mehr, als er entstanden ist trotz einer ausgezeichneten Staateinnahme durch Höpfer-Abzug und trotz der jetzt einschneidenden Maßnahmen, die bereits durch die vorangegangenen Beschlüsse gestiftet, die fortlaufenden Gehaltsabzüge und besonders durch die preussische Notverordnung vom 12. September erfolgt sind. Wie sollte dieser Betrag in einem Staatshaushalt gedeckt werden, dessen Ausgaben größtenteils zwangsläufiger Natur sind, und dessen Einkommenseinlösung von den Reichseinnahmen abhängig ist? Besichtiglich mit Gedankensplittern und erneuten Beschlüssen für den Weg dieser Aufgabe nicht mehr zu meistern. Der preussische Finanzminister entließ sich daher, neue konstruktive Wege zu beschreiten, und die Preussische Staatsregierung stimmte den Vorschlägen zu.

Die neue Notverordnung unterscheidet sich bereits in der formalen Methodik wesentlich von ihren Vorgängern. Es ist nicht eine im bequemen Wege der Notverordnungspraxis vorgenommene Haushaltsreform, der es etwa nur darauf ankommt, im Parlament immer erreichbare Erlöse abzurufen in beschleunigtem Verfahren durchzuführen. Sie ist ebensowenig eine Art von Dienstverweigerung an die übrigen Reichsorgane, die der Finanzminister unter Einschränkung der Restorverantwortlichkeit durch den Druck der finanziellen Not erzwungen. Die neue Notverordnung ist, im ganzen gesehen, eine Reformverordnung, die zwar zwingend den Kreis der Erforderlichen umschließt, im einzelnen aber dem jeweils verantwortlichen Staatsminister eine volle und verantwortliche Befreiungsfreiheit läßt.

Materialien betragend stellt die neue Notverordnung einen ersten weitestgehenden Anlauf zur Reorganisation des Erhaltungsvorganges dar. In dieser Hinsicht liegt zugleich über das Finanzamt hinausgreifende konstruktive Idee. Die Einschränkung des Wirtschaftens, die Verknappung der finanziellen Mittel auf allen Gebieten, nicht zuletzt aber auch die verfassungsrechtliche Revolution, die wir schließlich seit der Zeit der Stein-Bodenberg'schen Reformen erlebt haben, verlangen dringend auch die Anpassung des Staatssparates an die veränderte Sachlage. Von diesem Gesichtspunkt aus sieht die Notverordnung auch in allen Verwaltungszweigen weitgehende Einschränkungsmassnahmen vor.

Um das Wichtigste herauszugreifen und zu würdigen: Die einschneidenden Reformen sind in der Landwirtschaftlichen Verwaltung vorgezogen. Hier wird der ganze Zweig der Landesfiskusverwaltung aufgehoben. Die Aufgaben der bisher noch Landesfiskusämter gehen auf die allgemeine Verwaltung über. Die Regierungen sind also auch in Zukunft die Aufgaben der Landesfiskusverwaltung in ihrem Arbeitskreis zu betreiben haben. Ebenso werden die Landesfiskusbeamten, an der Zahl bisher 54, aufgehoben, unter Überführung ihrer Aufgaben an bereits bestehende Behörden. Die Zahl der Oberförstereien wird von 380 auf 340 herabgesetzt. Der Jägerfuß für die Weltwirtschaft im Rechnungsjahr 1932 ist nicht mehr auf 3,6 Millionen Mark gesetzt, noch für 1933 auf 2 Millionen Mark. Der Wegfall einer Reihe fortwährender und landwirtschaftlicher Institute vollendet schließlich die Vereinfachung und die Einschränkung der landwirtschaftlichen Behördenverwaltung. Zeiter wird auch über den Behördenabbau hinaus der Zuschuß für die Siedlungsabteilung gestrichelt. Die finanzielle Verknappung erlaubt es nicht mehr, die gleichen Mittel wie bisher für die Siedlung der Städte in großzügiger Weise 50000 Hektar Domänenland unentgeltlich zu Siedlungszwecken zur Verfügung zu stellen. Bei einem Gesamtbesitz von über 280 000 Hektar